

Kommentar: EU-Kommission erklärt R1234yf für harmlos und Honeywell sieht Gewinnexplosion

Von Hans-Robert Richarz

Dass die Wirtschaft in der Neuen bisweilen mehr weiß als die in der Alten Welt, vermuten wir spätestens, seit die Methoden der National Security Agency (NSA) und die Berichte des Ex-Geheimdienstlers Edward Snowden europaweit zum Allgemeingut geworden sind. Was wir nicht wissen ist, ob die NSA auch am vergangenen Mittwoch ihre Finger im Spiel hatte, als der amerikanische Chemie-Riese Honeywell, zusammen mit dem Konzern Dupont Hersteller des seit mehreren Jahren umstrittenen Kältemittels R1234yf, seine ökonomischen Erwartungen bis 2018 vor staunenden Börsenanalysten beim Investorentag in New York bekanntgab.

Eine Umsatzexplosion von bis zu zwölf Milliarden Dollar in den kommenden vier Jahren auf dann etwa 51 Milliarden Dollar und bereits im laufenden Jahr eine Gewinnsteigerung gegenüber 2013 um zwölf Prozent auf rund 5,55 Dollar pro Aktie - so lautet die Prognose von Honeywell. Merkwürdigerweise geschah die genau zwei Tage, bevor auf der anderen Seite des Atlantiks in Brüssel die EU-Kommission verkündete, dass die Chemikalie R1234yf harmlos sei. Die Gemeinsame Forschungsstelle der EU (Joint Research Centre, JRC) hatte drei Monate lang Tests einiger Automobilhersteller sowie des Weltverbands der Automobilingenieure, der SAE International und unabhängiger Prüfanstalten untersucht und der EU-Kommission mitgeteilt, dass die Tests "keinen Beweis für eine ernsthafte Gefährdung durch R1234yf" ergeben hätten.

Damit widersprachen die JRC-Tester allerdings ihren Kollegen bei Mercedes, der Deutschen Umwelthilfe, von Greenpeace und dem Kraftfahrt Bundesamt KBA, die samt und sonders das Kältegas im wahrsten Sinne des Wortes für "brandgefährlich" einschätzen - wenn auch das KBA erklärte, dass es sich nur im äußersten Extremfall entzünden würde. Die EU-Kommission ließ sich davon nicht beirren und behauptete: „Der Bericht unterstreicht die Bewertung des KBA, das festgehalten hatte, dass es keine ausreichenden, unterstützenden Beweise für ein erhöhtes Risiko gibt, die zu einer

Intervention der Behörde hätten führen müssen.“

Verständlich, dass sich Honeywell-Vice President Ken Geyer diebisch freute: "Der Bericht des Joint Research Centre ist unabhängig und er ist unanfechtbar. Er lässt keinen Zweifel daran, dass HFO-1234yf sicher für die Anwendung in Fahrzeugen ist." Weiter meinte er: "Wir stellen eine weltweite hohe Nachfrage nach diesem Kältemittel fest, mit dem Fahrzeughersteller besonders in Europa neuen Umweltvorschriften entsprechen können, und wir investieren in Produktionskapazitäten, um eine ausreichende Versorgung sicherzustellen.“ Daher auch die optimistischen Prognosen letzten Mittwoch.

Zur Zeit sieht es so aus, als könnten nur zwei Institutionen den Amerikanern die Suppe versalzen. Erstens die deutsche Automobilindustrie mit der Entwicklung von Klimaanlageanlagen, die mit Kohlendioxid statt R1234yf arbeiten und zweitens die EU-Kommission, die bereits seit Dezember 2011 gegen die beiden Monopolisten Dupont und Honeywell ein Kartellverfahren wegen weltweiter Marktbeherrschung und damit der Wettbewerbsverzerrung einleiteten. Geschehen ist bis heute allerdings nichts. "Die Untersuchung dauert an und wir haben nichts hinzuzufügen", sagt ein Kommissionssprecher dazu. Fest steht: R1234yf ist deutlich teurer als sein Vorgänger R134a, das mit einem Großhandelspreis von drei bis vier Euro pro Kilo ziemlich günstig war. Das neue Kältemittel ist bis zu zwanzigmal teurer.

Doch geht es überhaupt noch bei R1234yf um Gefahren oder Kartelle? Vor einem Jahr schrieb EU-Industriekommissar Antonio Tajani in einem Brief von an die deutsche Bundesregierung von einer "nicht unerheblichen internationale Dimension dieser Angelegenheit". Das war kurz vor dem Beginn der Gespräche über ein Freihandelsabkommen mit den USA.

Der Europaabgeordnete Bernd Lange (SPD) mutmaßte daraus: "Dass die Vereinigten Staaten Druck gemacht haben, ist zweifelsohne so." Und Greenpeace-Mann Wolfgang Lohbeck pflichtete ihm bei und glaubt, dass die beiden einzigen R1234yf-Hersteller zusammen mit der US-Umweltbehörde EPA und Autobauer General Motors gemeinsame Sache machen, um die Chemikalie mit allen Mitteln zu verteidigen. Denn beim Geschäft mit den Kühlmitteln geht es um einen Milliarden-Markt. "Das ist eine echte US-Seilschaft.", meint Lohbeck. (ampnet/Sm)

Bilder zum Artikel



Hans-Robert Richarz.
